
FDP Marburg-Biedenkopf

WINDPARK HOPFENBERG: KEINE RENDITEMAXIMIERUNG!

04.12.2019

Die Freien Demokraten haben in der Oktober-Sitzung des Stadtparlaments den Vorschlag des Magistrats, städtische Grundstücke für das Windenergieprojekt am Hopfenberg bereitzustellen, abgelehnt. Als Gründe führte Tobias Koch die geringen Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung sowie die unklare Wirtschaftlichkeit des Windparks an.

„Wir haben bereits im Dezember 2018 gegen die Gründung einer Windpark Hopfenberg GmbH gestimmt. Unsere damaligen Kritikpunkte konnten bis heute nicht ausgeräumt werden, weshalb wir auch dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen können.“, führte Koch für die Fraktion aus.

„Ein erstes großes Problem liegt darin, dass die tatsächliche Beteiligungsmöglichkeit der Bürger an diesem Projekt zu gering ist. Die Energie-Genossenschaft Marburg-Biedenkopf, der die Bürger als Genossen beitreten können, soll nur 37,5% der Anteile an der GmbH halten. Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus. Außerdem sind diejenigen, die sich dennoch beteiligen, im Krisenfall nicht abgesichert: Ihre Einlagen sind als Nachrangdarlehen anzusehen, sie gehen bei negativer Wirtschaftlichkeit also leer aus. Für die Bürger entsteht somit ein Missverhältnis zwischen Risiko und Renditechancen. Die Projektentwickler sind hingegen erstrangig abgesichert.“, so Koch.

„Ferner liegen für die Wirtschaftlichkeit noch gar keine belastbaren Zahlen vor. Berechnungen entsprechen nur sehr selten der Realität. Nur eine einjährige Windmessung in entsprechender Höhe hätte ausreichende Daten liefern können – und zwar vor Realisierung eines solchen Projekts. Außen vor gelassen wurde auch eine genügende Absicherung für den Fall des Rückbaus. Dass die einzurichtende Bürgschaft von 139.000 Euro pro Anlage ausreicht ist keineswegs gesichert. Insbesondere, weil die Fundamente sämtlich zurückgebaut werden müssen und große Teile der

Windkraftanlagen als Sondermüll zu behandeln sind.“, schloß Koch.

Vor diesem Hintergrund führt jeder weitere Schritt dazu, dass der Weg zurück immer weniger realisierbar wird. Für die Fraktion ist spätestens jetzt der Moment gekommen, aus dem Projekt auszusteigen.